

Kernpunkte 7

Juli 2011 / Kurzdokumentation zur Kernenergiediskussion: Tatsachen und Argumente

Ergebnisse der Schweizer Kinderkrebsstudie

Eine grosse schweizweite Langzeitstudie fand keine Hinweise dafür, dass kindliche Krebserkrankungen in der Nähe von Kernkraftwerken häufiger auftreten als anderswo. Die sogenannte Canupis-Studie wurde vom Institut für Sozial- und Präventivmedizin (ISPM) der Universität Bern in Zusammenarbeit mit dem Schweizer Kinderkrebsregister und der Schweizerischen Pädiatrischen Onkologiegruppe durchgeführt. In dieser Studie verglich das Forschungsteam das Risiko für Leukämie und andere Krebsarten bei Kindern, die in der Nähe von Kernkraftwerken geboren wurden, mit demjenigen von Kindern, die weiter entfernt geboren wurden. Alle seit 1985 in der Schweiz geborenen Kinder wurden in die Studie aufgenommen, das heisst über 1,3 Millionen Kinder im Alter von 0 bis 15 Jahren, die während den Jahren 1985 bis 2009 beobachtet wurden. «Das Risiko einer kindlichen Krebserkrankung im Umkreis von Schweizer Kernanlagen unterscheidet sich kaum vom Risiko, welches auch weiter entfernt wohnende Kinder haben», betonte Matthias Egger, Direktor des ISPM, an der Medienkonferenz. Die beobachteten Risikounterschiede der einzelnen Gebiete seien so klein, dass sie am ehesten durch Zufall erklärt werden könnten, sagte er weiter. Allerdings sei die Zahl der Krebsfälle klein, sodass die statistischen Unsicherheiten relativ gross seien.

Redaktion:
R. Bilang, M.-F. Aepli,
M. Brugger, M. Rey,
M. Schorer, D. Stebler

Nuklearforum Schweiz
Postfach 1021
3000 Bern 14
Telefon 031 560 36 50
Telefax 031 560 36 59
info@nuklearforum.ch
www.nuklearforum.ch

Erscheint 12-mal jährlich
ISSN 1421-0347

© 2011 by Nuklearforum Schweiz

Mühleberg: vorgezogene Abschaltung für zusätzliche Sicherheitsmassnahmen

Die BKW FMB Energie AG (BKW) hat das Kernkraftwerk Mühleberg am 29. Juni 2011, gut fünf Wochen früher als für die Jahresrevision geplant, vom Netz genommen. In dieser Zeit werden Massnahmen zur Sicherstellung der Kühlwasserzufuhr im Falle eines extremen Hochwassers realisiert. Neue Erkenntnisse aufgrund eines ETH-Gutachtens im Auftrag der

BKW haben die Betreiberfirma zur vorgezogenen Abschaltung bewogen. Nach Abschluss der Jahresrevision wird die Anlage im September wieder hochgefahren. Dem vom Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) geforderten Nachweis für die Bewältigung eines 10'000-jährlichen Hochwassers kam die BKW fristgerecht nach. Die zusätzlichen Massnahmen trifft die BKW aus eigener Initiative. Sie sollen Investitionen von rund 30 Millionen Franken nötig machen. Trotz dieser wie auch allfälliger weiterer Investitionen erachtet die BKW den wirtschaftlichen Betrieb des Kernkraftwerks weiterhin als garantiert.

Deutschland: Bundesrat billigt Atomausstieg

Der Bundesrat – die Ländervertretung Deutschlands – hat in der Sitzung vom 8. Juli 2011 den Atomausstieg und die Energiewende abgesegnet. Er billigte das geänderte Atomgesetz und sechs Begleitgesetze. Jetzt muss Bundespräsident Christian Wulff die Ausstiegsgesetze unterschreiben, damit sie in Kraft treten. Er muss prüfen, ob sie im Inhalt und Verfahren im Einklang mit der Verfassung stehen. Wulff kritisierte in einem Interview das Vorgehen der Bundesregierung bei der Energiewende. «Das ging jetzt doch alles sehr, sehr schnell und am Parlament vorbei.» Er werde sich bei der Prüfung der geänderten Gesetze zum beschleunigten Atomausstieg in Deutschland die nötige Zeit nehmen, erklärte Wulff. Der Bundestag – das Parlament – hatte die Atomgesetze und das neue Energiekonzept am 30. Juni 2011 beschlossen.

Pläne der IAE0 zur Verbesserung der weltweiten Nuklearsicherheit

An der Ministerkonferenz zur nuklearen Sicherheit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) vom 20. bis 24. Juni 2011 in Wien haben die Mitgliedsstaaten eine Erklärung ver-

abschiedet, die Verbesserungen in der weltweiten Nuklearsicherheit zum Ziel hat. IAEO-Generaldirektor Yukiya Amano wurde beauftragt, bis zur nächsten Generalkonferenz im September dieses Jahres einen entsprechenden Aktionsplan vorzulegen. Damit unterstützen die Minister die von Amano zu Beginn der Konferenz geforderten Verbesserungen. Amano hatte in seiner Eröffnungsrede angeregt, strengere nukleare Sicherheitsstandards anzuwenden, die Sicherheit aller Kernkraftwerkseinheiten zu überprüfen, die Wirksamkeit der nationalen Aufsichtsbehörden zu verbessern und ihre Unabhängigkeit sicherzustellen, die globale Notfallvorsorge und Unfall-Bereitschaftsdienste zu stärken sowie die Rolle der IAEO bei der Informationsbeschaffung und -verbreitung zu erweitern.

Weitere Länder mit EU-Stresstest

Wie die EU am 23. Juni 2011 mitteilte, schliessen sich Armenien, Kroatien, Russland, die Schweiz, die Türkei, die Ukraine und Weissrussland dem Programm für die EU-Stresstests an. Damit werden insgesamt 196 bestehende Kernkraftwerkseinheiten daraufhin geprüft, ob sie grossen Naturkatastrophen und menschlichem Versagen standhalten. In den neu dazugekommenen Ländern befinden sich 53 Einheiten: 32 in Russland, 15 in der Ukraine, fünf in der Schweiz und eines in Armenien; Kroatien ist zu 50 Prozent am einzigen slowenischen Kernkraftwerk beteiligt. Slowenien selbst ist Mitglied der EU. In Weissrussland und der Türkei sind keine Kernkraftwerke in Betrieb, jedoch ist die Planung von neuen Kernkraftwerken weit fortgeschritten.

Grossbritannien auf Kurs für neue Kernkraftwerke ...

Die britische Regierung hat am 23. Juni 2011 die überarbeiteten nationalen Energie-Planungsrichtlinien veröffentlicht. Zuvor fand eine umfassende öffentliche Vernehmlassung statt, die zu über 2500 Stellungnahmen führte. Als nächster Schritt muss das Parlament über die Richtlinien beraten. Die nationale Nuklear-Planungsrichtlinie nennt acht potenzielle Standorte im ganzen Land, die für den Bau neuer Kernkraftwerke bis 2025 geeignet sind. Energieminister Charles Hendry betonte bei der Vorstellung der Richtlinien, dass sie ein wichtiger Meilenstein

auf dem Weg zu einer sicheren, erschwinglichen und kohlenstoffarmen Energieversorgung sind. Laut eines Berichts des Ministeriums für Unternehmen und Innovation werden umgerechnet mindestens 23 Milliarden Franken benötigt, um bis 2020 in Grossbritannien 6000 Megawatt neue Kernkraftwerkskapazität zu bauen. Das Geld muss gemäss Regierung vollumfänglich von der Privatwirtschaft aufgebracht werden. Für die Umstrukturierung in eine klimafreundlichere Wirtschaft sind im gesamten Energiesektor bis 2020 Investitionen von 274 Milliarden Franken nötig.

... und Tiefenlager

Der britische Energieminister Charles Hendry will bereits 2029 ein Tiefenlager für radioaktive Abfälle in Betrieb nehmen – zehn Jahre früher als bisher geplant. Dazu hat er die dafür zuständige Behörde beauftragt, alle Möglichkeiten zur Beschleunigung des Verfahrens auszuschöpfen. Im Vernehmlassungsprozess können sich bis zum 30. September 2011 Gemeinden melden, die sich als Standort für das Tiefenlager zur Verfügung stellen. Drei Gemeinden haben dies bereits getan.

Pakistan: Bauarbeiten für Kernkraftwerk aufgenommen

Am 29. Mai 2011 haben in Pakistan die Bauarbeiten für die dritte Kernkraftwerkseinheit am Standort Chashma offiziell begonnen. Das Kernkraftwerk Chashma befindet sich in der Provinz Punjab in der Nähe des Chashma-Staudamms, rund 280 km südwestlich von Islamabad. Die Inbetriebnahme von Chashma-3 ist für 2016 geplant. Der Baubeginn für eine vierte Einheit an diesem Standort ist auf nächstes Jahr angesetzt. In Pakistan macht die Kernenergie drei Prozent der Stromproduktion aus.

Die «Kernpunkte» können Sie auch als elektronischen Newsletter unter www.nuklearforum.ch bestellen.